

66. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

10. März 1954

139/J

A n f r a g e

der Abg. M a c h u n z e, R e i c h, R a i n e r und Genossen  
an den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe,  
betreffend die Aufnahme von entlassenen heimatvertriebenen Eisenbahnern.

-.-.-.-.-

In den Jahren 1945 und 1946 leisteten zahlreiche heimatvertriebene Eisenbahner beim Wiederaufbau des schwer zerstörten Verkehrsnetzes wertvolle Arbeit. Als sich die Verhältnisse einigermaßen konsolidiert hatten und es zu einer Neuerstellung der Personalstände kam, forderte man die Betroffenen auf, um die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft anzusuchen, weil sie nur dann im Dienste der ÖBB belassen werden könnten. Obwohl die Betroffenen entweder bereits angesucht hatten oder unmittelbar nach dieser Aufforderung ansuchten, hat man dann doch etwa 50 heimatvertriebene Eisenbahner entlassen und seither, obwohl sie bereits österreichische Staatsbürger sind, ihre Wiedereinstellung abgelehnt.

Wie jetzt bekannt wurde, werden im Bereich der Österreichischen Bundesbahnen zur Zeit grössere Neueinstellungen durchgeführt, und die damals Entlassenen haben sich um die Wiederaufnahme bemüht. Dabei wird ihnen immer wieder gesagt, dass sie deshalb nicht aufgenommen werden können, weil dies "von oben" ausdrücklich verboten sei.

Die Unterzeichneten sind der Ansicht, dass man nicht allein von der Privatwirtschaft die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen erwarten kann, sondern dass sich auch ein so grosser Wirtschaftskörper seinen sozialen Verpflichtungen nicht verschliessen dürfte.

Die Unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe die

A n f r a g e

Ist der Herr Bundesminister bereit, im Rahmen der gegenwärtigen Personaleinstellungen auch die Wiederaufnahme der etwa 50 am Wiederaufbau beteiligt gewesen heimatvertriebenen Eisenbahner anzuordnen?

-.-.-.-.-